

MEDIENINFORMATION – 3. Juni 2019

167 AU/JR

PROMNY/STIRBÖCK zu Digitalisierung an Schulen

- **Landesregierung scheint endlich aus Dornröschenschlaf erwacht**
- **Hessen bleibt aber hinter den Erwartungen zurück**
- **Ende der Ankündigungspolitik gefordert**

WIESBADEN – „Die Landesregierung scheint nach langer Zeit endlich aus ihrem Dornröschenschlaf aufgewacht. Dies ist zunächst einmal eine gute Nachricht für die hessischen Schulen, die seit geraumer Zeit in den Startlöchern stehen, um die Chancen und Herausforderung der Digitalen Bildung bestmöglich zu nutzen. Drei Minister und den Vorsitz in der Kultusministerkonferenz hat es in Hessen gebraucht, um anzuerkennen, dass dieses Zukunftsthema nun endlich offensiv angegangen werden muss“, so Moritz PROMNY, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag.

„Die Ankündigung eines Gesetzentwurfes und die Aufzählung der offensichtlichen Themenbereiche lässt darauf hoffen, dass nun der Digitalpakt auch in Hessen auf den Weg gebracht werden kann. Nichtsdestotrotz zeigt es einmal mehr als deutlich, dass die Landesregierung von der Lebenswirklichkeit eingeholt und zum Handeln gezwungen wurde. Auch ist erkennbar, dass wieder nur mit halber Kraft vorgegangen wird, wenn die Landesmittel nicht verdoppelt werden. Wir Freien Demokraten sind der Überzeugung, dass die angekündigten 128 Millionen Euro nicht ausreichen werden, um alle Aufgaben bewältigen zu können. Zudem wird ein Teil der „zusätzlichen“ Mittel von den Schulträgern vor Ort aufzubringen sein. Hier bleibt das Land Hessen hinter den Erwartungen von allen Beteiligten zurück.“

„Dieses permanente Aussitzen von Herausforderungen geht letztendlich zu Lasten der Zukunftsfähigkeit und Innovationskraft unseres Landes. Dies ist verantwortungslos und zeugt von einem Weltbild, welches die Realitäten ignoriert. Wir Freien Demokraten fordern daher von der Landesregierung, dass sie sich nun endlich von der Ankündigungspolitik verabschiedet und Maßnahmen umsetzt. Hessen muss Vorreiter sein und nicht digitales Entwicklungsland. Daher wird sich erst zeigen, inwieweit wir heute tatsächlich einen Sinneswandel erleben durften“, so Oliver STIRBÖCK, digitalpolitischer Sprecher der Fraktion.

„Es ist vollkommen unstrittig, dass wir bedarfsgerechte und vor allem ausreichend Qualifizierungsangebote für Lehrkräfte, die Realisierung und Weiterentwicklung von pädagogischen Konzepten und Curricula, Bereitstellung von digitalen Endgeräten und Lehrmitteln sowie die Gewährleistung des technischen Supports benötigen. Aber dies gilt nicht nur für die staatlichen Schulen, sondern auch für Schulen in freier Trägerschaft. Daher hoffen wir sehr, dass diese ebenfalls einbezogen werden. Der Entwurf für den Nachtragshaushalt lässt uns aber stark daran zweifeln“, so Promny abschließend.